NACHRICHTEN
Österreich

Ungarns Gesetz verbietet Pride-Events und löst Proteste aus

Ungarns neue anti-LGBTQ+-Gesetzgebung verbietet Pride-Events und ermöglicht den Einsatz von Gesichtserkennung, was landesweite Proteste auslöste. Währenddessen wächst die Unterstützung für die LGBTQ+-Gemeinschaft.

Budapest, Ungarn — Am Dienstag wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das LGBTQ+-Veranstaltungen verbietet und es den Behörden erlaubt, Gesichtserkennungssoftware zur Identifizierung der Teilnehmenden an den Veranstaltungen einzusetzen. Dieses neue Gesetz führte zu einer großen Demonstration auf den Straßen von Budapest.

Proteste in Budapest

Mehrere tausend Protestierende, die anti-governmentale Slogans skandierten, versammelten sich nach der Abstimmung vor dem Parlament Ungarns. Anschließend blockierten sie die Margaretenbrücke über die Donau, was den Verkehr zum Stillstand brachte, und ignorierten die Anweisungen der Polizei, das Gebiet zu räumen.

Der Hintergrund des Gesetzes

Das Vorgehen der ungarischen Gesetzgeber ist Teil einer Offensive gegen die LGBTQ+-Gemeinschaft, orchestriert von der nationalistisch-populistischen Partei des Ministerpräsidenten Viktor Orbán, der enge Verbindungen zu Russlands Präsidenten Wladimir Putin und dem ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump pflegt.

Das Gesetz, das in einer Abstimmung mit 136 Stimmen dafür und 27 Stimmen dagegen verabschiedet wurde, erinnert an ähnliche Einschränkungen für sexuelle Minderheiten in Russland. Es wurde im Eilverfahren durch das Parlament gebracht, nachdem es am Montag eingereicht wurde.

Inhalt des Gesetzes

Das Gesetz ändert die Vorschriften zur Versammlungsfreiheit in Ungarn und macht es zu einer Straftat, an Veranstaltungen teilzunehmen oder solche durchzuführen, die gegen Ungarns umstrittenes „Kinderschutz“-Gesetz verstoßen. Dieses Gesetz verbietet die „Darstellung oder Werbung“ für Homosexualität gegenüber Minderjährigen unter 18 Jahren.

Für die Teilnahme an einer verbotenen Veranstaltung drohen Geldstrafen von bis zu 200.000 ungarischen Forinten (etwa 546 Dollar), die der Staat zur „Kinderschutz“-Initiative weiterleiten muss. Zudem können die Behörden Gesichtserkennungstools einsetzen, um Personen zu identifizieren, die an verbotenen Veranstaltungen teilnehmen.

Reaktionen der LGBTQ+-Gemeinschaft

In einer Erklärung nach der ersten Einreichung des Gesetzes durch die Abgeordneten äußerten sich die Organisatoren des Budapest Pride, dass das Ziel des Gesetzes sei, die LGBTQ+-Gemeinschaft zu „Sündenböcken“ zu machen, um kritische Stimmen gegenüber Orbáns Regierung zum Schweigen zu bringen. Sie betonten: „Das ist kein Kinderschutz, das ist Faschismus.“ Das Budapest Pride Festival zieht jährlich Tausende Besuchende an und feiert die Geschichte der LGBTQ+-Bewegung bei gleichzeitiger Bekräftigung der Gleichheit von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgender-Personen.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes erklärte Jojó Majercsik, ein Sprecher von Budapest Pride, dass trotz Orbáns

jahrzehntelangen Bemühungen, LGBTQ+-Menschen zu stigmatisieren, eine Welle der Solidarität und Unterstützung eingegangen sei.

Regierungskampagne gegen LGBTQ+-Rechte

Diese neue Gesetzgebung ist der jüngste Schritt gegen die LGBTQ+-Gemeinschaft unter Orbán, dessen Regierung bereits andere Gesetze verabschiedet hat, die von Menschenrechtsorganisationen und anderen europäischen Politikern als repressiv gegen sexuelle Minderheiten kritisiert werden.

Im Jahr 2022 reichte die Europäische Kommission einen Fall gegen Ungarns 2021 verabschiedetes Kinderschutzgesetz beim Europäischen Gerichtshof ein. Die Kommission argumentierte, dass das Gesetz „Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität diskriminiert“.

Ein Blick auf die Zukunft

Die Methoden der ungarischen Regierung ähneln den Taktiken von Putin, der im Dezember 2022 Russlands Verbot der „Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen“ von Minderjährigen auf Erwachsene ausgeweitet hat, was jede öffentliche Unterstützung von LGBTQ+-Aktivitäten effektiv verbietet.

Orbán, der seit 2010 an der Macht ist, sieht sich einer beispiellosen Herausforderung durch eine aufstrebende Oppositionspartei gegenüber, während Ungarns Wirtschaft mit Inflation und einer Krise der Lebenshaltungskosten kämpft und die Wahlen 2026 näher rücken.

Tamás Dombos, Projektkoordinator der ungarischen LGBTQ+-Rechtsgruppe Háttér Society, erklärte, dass Orbáns

Angriffe auf Minderheiten ein Ablenkungsmanöver seien, um die Wählerschaft von wichtigeren Problemen abzulenken. Die Möglichkeit, Gesichtserkennungssoftware bei verbotenen Demonstrationen einzusetzen, könne auch gegen andere Proteste angewendet werden, die die Regierung für unrechtmäßig hält.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at